



Von der Waldkrise zur nachhaltig ökologischen und generationengerechten Waldwende

Forderungen von Natur- und Umweltschutzorganisationen im DNR zur Waldpolitik

Die unterzeichnenden Organisationen im DNR fordern die neue Bundesregierung sowie die Landesregierungen auf, die Weichen für eine dringend gebotene ökologische Waldwende zu stellen. Angesichts der doppelten globalen Krise resultierend aus der Klimaerhitzung und dem dramatischen Verlust der biologischen Vielfalt stehen unsere Wälder vor gewaltigen Herausforderungen. Dabei ist ein Paradigmenwechsel dringend erforderlich. Für eine Erhöhung der Widerstandskraft der Wälder in der Klima- und Biodiversitätskrise sind die politischen Rahmenbedingungen für die künftige Waldbewirtschaftung sowie die Ausweisung von Naturwäldern ohne forstliche Nutzung ebenso entscheidend wie der sparsame und nachhaltige Umgang mit Energie und stofflichen Ressourcen.

Zum Schutz des Klimas und unserer Wälder müssen Bund und Länder, Gesellschaft und Wirtschaft zügig ambitionierte Maßnahmen umsetzen, um das 1,5 Grad-Klimaschutzziel noch zu erreichen. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz hat die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen unterstrichen.

Strukturreiche und biologisch vielfältige sowie sich weitgehend selbst regulierende Wälder sind für zahlreiche ökologische Schlüsselfunktionen besonders wichtig. Hierzu gehören die Bewahrung und Förderung von natürlichen Bodenprozessen und Biodiversität, die Filterung der Luft, die Stabilisierung des Landschaftswasserhaushalts, die Pufferung des Mikro- und Mesoklimas und die Speicherung von Kohlenstoff. Letztere werden auch im Hinblick auf die Klimaanpassung und den notwendigen Klimaschutz an Bedeutung gewinnen. Der Wald ist darüber hinaus eine wichtige Rohstoffquelle, aber auch Erholungs-

raum mit positiven Wirkungen auf die Gesundheit. In der Summe ihrer Funktionen sind Wälder unverzichtbare Lebensgrundlage für uns Menschen. Naturferne Forsten und Plantagen stellen degradierte Zustände mit wenigen oder nur eingeschränkten Funktionen dar und können wertvolle naturnahe Waldlebensräume nicht ersetzen.

Die waldbezogenen Aktivitäten von Verbänden der Zivilgesellschaft, Freiwilligen und Bürger*innen-Initiativen und die intensive Berichterstattung in den Medien sind wichtige Belege dafür, dass die öffentliche Wertschätzung des Waldes deutlich zugenommen hat.

Die unterzeichnenden Organisationen im DNR sind überzeugt, dass die Nutzung von Holz vor allem als langlebiger, nachwachsender Rohstoff wichtig ist. Voraussetzung ist eine ganzheitliche Betrachtung im Umgang mit unseren Wäldern. Gleichzeitig müssen die Artenschutz- und CO₂-Senkenfunktion von Waldökosystemen gestärkt werden, um die klima- und naturschutzpolitischen Verpflichtungen auf nationaler und europäischer Ebene zu erreichen.

1. Ursachen für die Waldkrise

Der Zustand unserer Wälder ist besorgniserregend. Das aktuelle Ausmaß des Zusammenbrechens von Waldbeständen ist Ausdruck einer akuten Krise bewirtschafteter Wälder. Vordergründig hängen die Symptome der Waldkrise mit der Massenvermehrung von Schädlingen wie etwa Borkenkäfern sowie mit der Zunahme von extremen Witterungsereignissen (v.a. Hitze, Dürre) zusammen. Aber die Klimakrise trifft auf stark geschwächte Ökosysteme: die Verwundbarkeit der Wälder ist durch eine Kombination vielfältiger menschgemachter Faktoren verursacht und stetig verstärkt worden.

Hierzu gehören insbesondere

- die zu intensive Bewirtschaftung mit starker Absenkung von biologischer und struktureller Vielfalt (z.B. fehlende späte Waldentwicklungsphasen und Mikrohabitate) sowie des durchschnittlichen Baumalters und des Vorrats an lebender und toter Biomasse,
- die historisch bedingte und bis heute immer wieder erfolgende Begründung von naturfernen Beständen mit nicht-standortheimischen Baumarten,
- die fehlende Naturverjüngung aufgrund des Verbisses durch überhöhte Schalenwildbestände, die auch zur Senkung der Waldbiomasse, zum Verlust von Vielfalt und zu großen finanziellen Einbußen führt,
- schädliche Stoffeinträge, insbesondere von Stickstoff aus Verkehr, Landwirtschaft und Industrie sowie Pestiziden aus der Land- und Forstwirtschaft,
- klimatische Belastungen auf Landschaftsebene durch Wasserhaushaltsveränderungen, hierzu zählen großflächige Entwässerungsmaßnahmen mit Degradierung natürlicher Wald-(Moor)böden,
- die Verringerung ausgedehnter zusammenhängender Waldflächen, Zerschneidung und starke Fragmentierung der Wälder durch technische Infrastruktur, intensive Landnutzung und Siedlungen, immer breitere Forstwege sowie die engmaschige Befahrung eines großen Anteils der Waldfläche mit schädlichen Einflüssen auf das Bodengefüge und das Wasserregime,
- die stark gestiegene Nutzung von holzartiger Biomasse und die damit verbundene Intensivierung der Ernte von Schwachholz, Reisig und Wurzelmaterial.

Die Wälder in Deutschland sind insgesamt – verglichen mit Naturwäldern – immer noch zu jung und arm an Biomasse und Vielfalt. Es gibt zu wenige alte, naturnahe Wälder. Die Baumartenzusammensetzung unserer Wälder und ihre Mischung sind auf großen Flächenanteilen naturfern. Dem Ökosystem fehlen damit wichtige Strukturen und naturwaldähnliche Dynamiken und somit die Möglichkeit, Belastungen abzupuffern. Gemäß der Bundeswaldinventur liegt der Biomassevorrat unserer Wälder bei 50-60% eines natürlichen Waldökosystems, was die Möglichkeiten der Stresskompensation deutlich verringert. Ohne eine Stabilisierung der geschwächten Waldökosysteme sowie eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen zur Abbremsung der Klimakrise werden immer mehr Wälder in den kommenden Jahren ihre Lebensfähigkeit und auch für den Menschen wichtige Funktionen verlieren.

2. Anforderungen an eine künftige Waldpolitik

Die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen werden den heutigen und zukünftigen Herausforderungen der Waldkrise nicht gerecht. So fehlt beispielsweise nach wie vor eine ordnungsrechtlich verbindliche Festlegung von ökologischen Mindeststandards im Bundeswaldgesetz, die auch den klimatischen Veränderungen und dem fortlaufenden Rückgang der Artenvielfalt Rechnung trägt und der forstwirtschaftlichen Praxis langfristige Planungs- und Rechtssicherheit bietet. In der Konsequenz ist ein Vorrang massiver Eingriffe – ausgerichtet auf optimierte Holznutzung, ohne die langfristigen negativen Folgen zu bewerten – in das Ökosystem Wald zu beobachten. Hierzu zählen flächenhafte Räumungen abgestorbener Bestände, starke Bodenbeeinträchtigungen und Pflanzungen (von oftmals nicht-standortheimischen Baumarten) sowie Pestizideinsatz.

Die Waldpolitik muss daher grundlegend korrigiert werden, um den Beitrag der Wälder für das Gemeinwohl und zur Erbringung zunehmend wichtiger Ökosystemleistungen zu stärken. Es bedarf dringend eines Paradigmenwechsels in der Art und Weise, wie wir mit unseren Wäldern umgehen. Die ausschließlich auf die Optimierung der Holzerzeugung ausgerichtete Waldbewirtschaftung darf nicht länger an erster Stelle stehen. Stattdessen gilt es, die Wälder in der Klimakrise überhaupt als solche zu erhalten, qualitativ zu entwickeln und so die ökosystemaren Funktionen der Wälder zu sichern – auch als Daseinsvorsorge für den Menschen. Die Gesellschaft muss sich nach dem richten, was die Wälder leisten können und nicht umgekehrt. Das bedeutet zugleich, das Thema Suffizienz stärker in den Vordergrund zu rücken.

Darüber hinaus müssen künftig auch die Informationsgewinnung und -bereitstellung als Grundlage für gesellschaftliche Diskurse und politische Entscheidungen, das großflächige Wald-Monitoring unter Nutzung der Fernerkundung und die entsprechende Bewertung sowie das Berichtswesen unabhängig erfolgen. Es muss eine ganzheitliche nationale Waldökosystemanalyse und -bewertung anhand von festzulegenden Kriterien wie Standards, Leitlinien oder Leitbildern eingeführt werden. Ein größeres Augenmerk verdient zudem das Monitoring von naturnahen und geschützten Wäldern und ihrer Reaktionen im Klimawandel als Grundlage und Vorbild für ökosystemverträgliches forstliches Handeln.

3. Forderungen der Umwelt- und Naturschutzorganisationen für eine nachhaltig ökologische Waldwende

Eine konsequente nachhaltig ökologische Ausrichtung der Waldpolitik unter Berücksichtigung aller ökosystemaren Funktionen und Leistungen der Wälder muss die zentrale Grundlage für eine künftige Waldpolitik sein. Die unterzeichnenden Natur- und Umweltschutzorganisationen fordern von Bund und Ländern daher folgende Schritte zur Rettung der Wälder und ihrer überlebenswichtigen Funktionen:

Strategischer und rechtlicher Rahmen

- Die zeitnahe Erarbeitung einer von der gesamten neuen Bundesregierung getragenen Waldstrategie 2050 unter Einbindung unabhängiger Akteure als offener, partizipativer und adaptiver Prozess ist dringend nötig. Die Strategie ist durch ein interdisziplinäres, interinstitutionelles und unabhängiges Waldgutachten auf nationaler Ebene zu unterlegen, welches regelmäßig aktualisiert wird. Ein Schwerpunkt der Waldstrategie muss der Umgang mit dem Wald in der Biodiversitäts- und Klimakrise sein.
- Bei der Neuauflage der nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sind ambitionierte konkrete Vorgaben und Maßnahmen für den Wald aufzunehmen.
- Das Bundeswaldgesetz, das Bundesjagdgesetz, das Bundesnaturschutzgesetz und andere den Wald betreffende Gesetze und Verordnungen müssen novelliert werden und sicherstellen, dass die europäischen und nationalen Vorgaben im Bereich des Klima- und Naturschutzes (Erhöhung der Senkenleistung gemäß LULUCF-Verordnung, Umsetzung der nationalen und der EU-Biodiversitätsstrategie und Stärkung von Natura 2000, Zielerreichung natürliche Waldentwicklung und Wildnis) erreicht werden können. Im Bundeswaldgesetz und den Waldgesetzen der Länder ist zu verankern, dass die Bewirtschaftung der öffentlichen Wälder vorrangig dem Gemeinwohl dienen muss.
- Ökologische Mindeststandards für die Waldbewirtschaftung sind zeitnah im Bundeswaldgesetz zu verankern und rechtlich bindend für alle Waldeigentumsarten umzusetzen. Diese Mindeststandards sollen einen schonenden Umgang mit allen Wäldern sicherstellen. Darüber hinaus sollen sie auch als Voraussetzung für darüberhinausgehende Leistungen und deren Honorierung aus öffentlichen Mitteln verwendet werden.
- Das Bundesjagdgesetz und andere die Jagd betreffende Gesetze und Regelungen (auch auf Länderebene) sind zu novellieren, damit die anstehende Walderneuerung, natürliche Wiederbewaldung und ggfs. notwendige Pflanzungen standortheimischer Baumarten ohne Schutzmaßnahmen auch tatsächlich möglich werden.
- Das LULUCF-Senkenziel für die Wälder im Klimaschutzgesetz muss nachgeschärft werden und die Umsetzung durch die Bundesregierung befördert werden. Berechnungen zeigen, dass das Senkenpotenzial der deutschen Wälder größer ist als bislang angenommen.
- Sämtliche Daten zum Wald müssen öffentlich verfügbar gemacht werden.

Förderpolitik

- Eine Honorierung von Ökosystemleistungen für private und kommunale Waldbesitzende muss sich an konkreten ökologischen, am Gemeinwohl orientierten Kriterien ausrichten, die über die erforderlichen gesetzlichen ökologischen Mindeststandards hinausgehen. Honorierungsfähig darf ausschließlich die Schaffung und Erhaltung eines hohen ökologischen Niveaus in bewirtschafteten Wäldern sein (z.B. hoher Anteil von alten naturnahen Waldflächen, Biotopbäumen und von Totholz sowie ein hoher Holzvorrat). Daneben sollte auch die dauerhafte Ausweisung von Naturwäldern im Sinne der Kernbilanz der natürlichen Waldentwicklung (NWE5) für die Eigentümer attraktiv honorierungsfähig sein.
- Die Finanzierung der Leistungen sollte über die dauerhafte Einrichtung eines Waldnaturschutzfonds erfolgen. Dabei darf die Honorierung der Klimaleistung von Wäldern nicht von einer Honorierung für Biodiversitätsleistungen und andere Ökosystemleistungen abgetrennt werden. Eine pauschal errechnete Kohlenstoffbindung im Wald und in Holzprodukten allein darf nicht honorierungsfähig sein.
- Die Förderung des Waldwegebaus muss auf ein Mindestmaß reduziert werden.
- Die schonende und traditionelle Waldbewirtschaftung mit Pferden ist stärker zu fördern.

Waldwirtschaftliche Rahmenbedingungen

- Bis 2030 sind mindestens 10 Prozent der Waldfläche dauerhaft als Naturwälder ohne forstliche Nutzung auszuweisen. Zudem ist das 2%-Wildnisziel der Bundesregierung zügig umzusetzen.
- Die zentralen Verpflichtungen der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030 müssen national vorbildlich und ressortübergreifend auf allen Ebenen integriert und umgesetzt werden. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die EU-Vorgabe, alle verbleibenden Primär- und Altwälder bzw. "old-growth forests" der EU zu erfassen, zu überwachen und strikt zu schützen, denn bei Primär- und Altwäldern handelt es sich um die ökologisch wertvollsten Waldökosysteme, die zudem erhebliche Kohlenstoffmengen dauerhaft speichern.
- Eine Privatisierung öffentlicher Wälder und der Einstieg privater Großinvestoren in den Waldflächenmarkt wird von den unterzeichnenden Verbänden grundsätzlich abgelehnt. An Bund, Länder und Kommunen wird appelliert, gegebenenfalls entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
- Im Falle von alten naturnahen Waldbeständen sowie genutzten Laubmischwäldern, die Schädigungen aufweisen, wird ein Einschlagsmoratorium zur Erholung der Bestände verfolgt. Das Einschlagsmoratorium muss insbesondere auch für Wälder in FFH- und anderen Schutzgebieten gelten, so dass keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes und der Resilienz der schützenswerten naturnahen Waldlebensräume erfolgt.
- Die Waldwirtschaft in Natura-2000-Gebieten entspricht in den meisten Fällen nicht den naturschutzfachlichen Zielen. Es müssen anspruchsvolle einheitliche Standards für die erforderliche Verträglichkeitsprüfung, die Definition der Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie die Kriterien der Erhaltungszustände in Natura-2000-Wäldern festgelegt werden.
- Beim Umgang mit Kalamitätsflächen müssen Aspekte der Ökosystemerholung und -entwicklung im Vordergrund stehen. Kahlschläge, flächige Räumungen und Bodenbearbeitung unterhalb der

Humusaufgabe müssen für alle Waldeigentumsarten ausgeschlossen werden. Die Einbringung von nicht-standortheimischen Baumarten ist zu unterlassen. Naturverjüngung heimischer Baumarten hat Vorrang. Die Waldneubegründung auf Kalamitätsflächen über Sukzession ist eine in allen Varianten zu bedenkende Alternative, die stärker gefördert werden muss.

- Kahlschläge und Großschirmschläge kommen in der forstlichen Praxis grundsätzlich nicht mehr zur Anwendung.
- Die Entwässerung von Wäldern ist unverzüglich zu stoppen, der Wasserrückhalt in den Wäldern und Waldlandschaften zu verbessern. Entwässerungsgräben müssen zurückgebaut bzw. das Wasser an Forststraßen in den Wald geleitet werden. Rückegassen dürfen nicht entlang der Hangfalllinie verlaufen, sondern schräg zu dieser.
- Der Einsatz von Pestiziden in Wäldern wird ausgeschlossen, sofern er nicht zur Gefahrenabwehr für die Bevölkerung angeordnet wird (z.B. zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners). Es sollen die mildesten und selektivsten Mittel eingesetzt werden.

Nutzung der Ressource Holz

- Eine Kreislauf- und Kaskadennutzung muss konsequent eingeführt und umgesetzt werden. Der begrenzte Rohstoff Holz ist künftig deutlich stärker auf langlebige Produkte zu konzentrieren. Die Holzverwendung in kurzlebigen Produkten wie z.B. Papier und Pappe ist durch politische Vorgaben zu reduzieren. Die Forschung und Entwicklung ökologisch verträglicher Alternativen zu anderen kurzlebigen holzbasierten Produkten ist auszubauen. Der hierfür notwendige Paradigmenwechsel wird umgesetzt.
- Die Produktqualität von „langlebigen Holzprodukten“ muss über eine Mindestgarantie von fünf Jahren abgesichert werden. Hiermit kann der Kohlenstoff-Produktspeicher erhöht, eine umsichtiger Holzressourcennutzung befördert und die Kaskadennutzung in den einzelnen Stufen verlängert werden.
- Der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien darf nicht auf Kosten des Klimas und der biologischen Vielfalt erfolgen. Die energetische Nutzung von Holz ist nicht klimaneutral. Sie muss bis 2030 auf ein Minimum zurückgefahren werden und sollte erst am Ende einer möglichst langen kaskadenartigen Produktnutzung stehen. Die Umstellung von Kohlekraftwerken auf Holzverbrennung ist sofort zu unterbinden, ebenso wie der Neubau von industriellen Kraftwerken auf Basis von holzartiger Biomasse. Holz zur energetischen Nutzung darf nicht weiter gefördert und sollte nicht importiert werden.

Stand: 10.12.2021